

Drogenhandel nicht zu übersehen

Grüppchen ziehen durchs Schulviertel / Schulleiter bringen Problem in die Öffentlichkeit / Zahl der Schulschwänzer steigt

Von Maren Reese-Winne

CUXHAVEN. Schule gibt ihnen offensichtlich nichts mehr: Stattdessen finden sich Jugendliche im Schulviertel zu Grüppchen zusammen, lungern lieber herum, handeln mit Drogen und sprechen andere an.

Das kann kein Problem der Schulen allein mehr sein, sagen sich die Innenstadtschulen. Die Schulleiter Rüdiger Koenemann (BBS Cuxhaven), Hans Christian Seebeck (Realschule Cuxhaven) und Christian Hottel (Bleickenschule) schlugen am Montag im Kommunalen Präventionsrat der Stadt Cuxhaven Alarm.

Angesichts identischer Beobachtungen hätten ihre drei und die anderen Schulen im Umfeld einschließlich der Süderwischschule und der Gymnasien sich entschlossen, Initiative zu ergreifen, so Rüdiger Koenemann.

Zunehmend beobachte sein Personal Drogenhandel im Schulumfeld. Schüler, darunter auch Flüchtlinge, würden aus der Schule herausgelockt. An der Rundturnhalle, auf Sportplätzen und Schulhöfen kämen die Grüppchen zusammen, auch junge Leute jenseits des Schulalters. Koenemann: „Das ist ein Problem, das die Stadt umfänglich betrifft.“



Keine Lust auf Unterricht: Stattdessen treffen sich Jugendliche im Schulviertel auf Schulhöfen, rund um die Turnhallen und das Hallenbad, dealen und experimentieren nicht selten auch mit Drogen. Dass diese – legal oder illegal – irgendwann im Jugendalter entdeckt und vielleicht auch ausprobiert werden, hält die Polizei nicht für untypisch. Jedoch sei die Gefahr psychischer Abhängigkeit und bei täglichem Konsum auch dauerhafter Hirnschäden groß.

Foto: dpa/ Armin Weigel

Kreis muss größer werden

Ein weiteres Problem seien erhebliche Fehlzeiten. Schüler erschienen einfach nicht mehr, über die Familien sei kaum an sie heranzukommen. Auch Alternativangebote für Schulverweigerer zögen bei ihnen nicht. „Wir müssen jetzt in einem größeren Kreis Lösungen suchen.“

Ein großes Problem für die Realschule sei der nicht einsehbare Schulhof, ergänzte Hans Christian Seebeck. „Anheimelnd und versteckt“ und zudem noch mit einem attraktiven Kleinspielfeld ausgestattet, sei der nachmittags

ein beliebter Treffpunkt. Reinigungskräfte und Passanten hätten schon Angst, dort vorbeizugehen.

„Unsere Schulen müssen eine heile Welt sein, aber das kriegen wir mit eigenen Mitteln nicht hin“, unterstrich Seebeck. „Wir brauchen mehr Institutionen, die uns unterstützen.“ Wichtig seien Alternativen für die Jugendlichen und jungen Erwachsenen.

Zehn Prozent bleiben fern

Das massive Problem des Schulschwänzens konkretisierte Christian Hottel (Bleickenschule) und berichtete über eine derzeitige Fehlquote von zehn Prozent.

Dabei seien die Eltern gehalten, Fehlzeiten vom ersten Krankheitstag an und immer wieder neu zu melden. Manche brächten immer neue Krankschreibungen, viele seien aber völlig überfordert und wüssten – wenn sie zu Arbeit gingen – überhaupt nichts davon, dass ihr Kind zu Hause oder auf der Straße sei. „BBS, Realschule, Rundturnhalle, Hallenbad, da gehen die hin.“

Unter Kollegen informiere man sich gegenseitig über fremde Jugendliche auf dem Schulhof und

versuche, sie in die eigene Schule zurückzuholen. „Oft sind sie aber auch schnell in alle Himmelsrichtungen verstreut.“ Auch Hottel appellierte an die Beiratsmitglieder, sich für eine konzertierte Aktion einzusetzen.

Schulverweigerung erhöht nachweislich das Risiko, in Kriminalität abzuleiten – nicht nur deshalb horchten die Beiratsmitglieder bei diesen Nachrichten auf. Patentlösungen vermochte keiner aus der Tasche zu zaubern.

Zunächst einmal müssten mehr Informationen her: Was sind das für junge Leute? Woher kommen sie, warum sind sie empfänglich für schlechte Einflüsse, was fehlt? Wer sind die richtigen Ansprechpartner? Solche Fragen müssten als Erstes geklärt werden, so Präventionsratsvorsitzender Uwe Santjer (SPD): „Wir müssen gut vorbereitet sein, um zu reagieren.“

„Keine Zeit verlieren“

Noch vor den Sommerferien (voraussichtlich am 22. Mai) wird der Präventionsrat zu einer Sondersitzung zusammenkommen. Auch Uwe Santjer betonte: „Das ist nicht das Problem der Schulleiter,

sondern unser aller Problem.“ Rüdiger Kurmann (Die Cuxhavener) ergänzte, dass auch der Schulausschuss sowie der Ausschuss für Jugend, Soziales, Familie und Gleichstellung eingeschaltet werden sollten. Er zeigte sich froh über den Vorstoß: „Gut, dass man sich nicht in Allgemeinplätzen bewegt.“

Behörden einschalten

Ebenso werden – als wahrscheinlich Hauptzuständige – Schul-

und Jugendamt des Kreises informiert und eingeladen. Die Polizei ist durch Uwe Sandrock, Beauftragter für Jugendsachen, fest im Präventionsrat vertreten.

Sozialarbeiter vor Ort, das könnte sich Christian Hottel als einen Schritt vorstellen, auch, wenn er weiß: „Eine leichte Aufgabe ist das nicht.“

„Nichtstun wäre das Schlimmste“, resümierte Uwe Santjer. „Wir dürfen keine Zeit verlieren, wir müssen da ran.“

Das sagt die Polizei zur Lage

• Von einer Verschärfung sprechen die Beamten des Fachkommissariats nicht. Allerdings trete das Drogenproblem an Schulen **phasenweise** auf, sodass der Eindruck einer Steigerung tatsächlich zutreffen könnte.

• Überwiegend handle es sich bei den Tatverdächtigen um **Schüler**, die dort dealten und konsumierten, vereinzelt auch um Volljährige. Die meisten hätten die deutsche Staatsangehörigkeit, oft aber Migrationshintergrund.

• Häufigste Konsumformen seien bei jungen Menschen der Joint und das Rauchen einer Bong (ähnlich Wasser-

pfeife). Beides stuft die Polizei als **gefährlich** ein, da sie häufig unterschätzt würden, insbesondere was die psychische Abhängigkeit und den problematischen Abbau des Rauschwirkstoffs THC angehe, dessen Anteil zu dem in aktuellen Züchtungen besonders hoch sei.

• Je **jünger**, desto mehr steige das Risiko für psychische Abhängigkeit. Schon 13-Jährige gelangten an Drogen.

• Die Polizei gehe **jedem Hinweis** nach, sei eng vernetzt, berate und gehe Streife in den Schulzentren „im Rahmen der Möglichkeiten“.

Präventionsrat

• Dem Kommunalen Präventionsrat der Stadt gehören Vertreterinnen und Vertreter der Ratsfraktionen sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beispielsweise der Stadtteil-, Jugend- und Seniorenarbeit, des Jobcenters, der Polizei, der Siedlungsgesellschaft und weiterer **Institutionen** an – insgesamt 24 stimmberechtigte Mitglieder.

• Zuletzt waren bezahlbarer **Wohnraum** und Ehrenamt weitere Themen.